

<https://www.welt.de/vermishtes/kriminalitaet/article249006536/Berlin-Massenschlaegerei-an-Neukoellner-Schule-Schulleiterin-die-Hand-gebrochen.html> 12.12.2023

Massenschlägerei an Neuköllner Schule – Schulleiterin erleidet Knochenbruch

Erst stritten sich vier Teenager, dann kam Reizgas zum Einsatz – am Ende gab es 49 Verletzte: An einer Schule in Berlin-Neukölln ist ein banaler Streit zwischen Jugendlichen so sehr eskaliert, dass die Schulleiterin im Krankenhaus landete.

Bei einer Massenschlägerei zwischen Schülern, Lehrern und Polizisten an einer Schule in Berlin-Neukölln sind am Montag mehrere Dutzend Menschen verletzt worden. Die 52-jährige Schulleiterin, die die prügelnden Jugendlichen trennen wollte, wurde dabei geschubst und brach sich die Hand, [wie die Polizei am Dienstag zunächst mitteilte](#). Später korrigierten die Beamten dann ihre Schilderung: Die Frau sei „unglücklich“ gegen eine Wand gefallen und habe sich dabei einen Finger gebrochen.

Damit nicht genug: Auch weitere Lehrer und auch Polizisten wurden angegriffen. Schüler sprühten auch mit Pfefferspray, sodass insgesamt 49 Kinder, Jugendliche und Lehrer Reizungen erlitten und von Sanitätern behandelt wurden. Der Grund für den eskalierten Konflikt soll laut Polizei eher banal gewesen sein, um Politik ging es nicht.

Gegen 10.30 Uhr war an der Gemeinschaftsschule Campus im Efeuweg ein Streit zwischen zwei 14-jährigen und einem 15-jährigen Schüler auf der einen Seite und zwei weiteren Jungen auf der anderen Seite ausgebrochen. Ein Schüler sprühte Reizgas, lief aber selbst in die Gaswolke, ein Gegner gelangte an das Spray und griff wiederum die andere Gruppe damit an. Dazu kam ein weiterer 15-Jähriger, die Schlägerei weitete sich aus.

Bruder eines Schülers, 21, musste überwältigt werden

Zwei Lehrer, die eingriffen, wurden ebenfalls besprüht. Die Schulleiterin wurde wie schon erwähnt so schwer verletzt, dass sie später in ein Krankenhaus gebracht wurde. Mehrere alarmierte Polizisten beruhigten

die Lage etwas, wurden dann aber von einem 21-jährigen Bruder eines Schülers mit einem Faustschlag angegriffen. Polizisten überwältigten den Bruder, der sie beleidigte und bedrohte.

Mehrere Ermittlungsverfahren wegen Angriffs auf Polizisten, Bedrohung, Beleidigung sowie gefährlicher und einfacher Körperverletzung wurden eingeleitet. Alle Beteiligten wurden nach den Personalienfeststellungen den Erziehungsberechtigten übergeben, wie es [in der ersten Polizeimeldung](#) weiter heißt.

Lokale Medien berichteten ebenfalls über den Zwischenfall. [Im „Tagesspiegel“ heißt es](#), dass die Schule eine der sogenannten Berliner „Brennpunktschulen“ ist. Der Anteil der Jugendlichen nicht-deutscher Herkunftssprache lag dort demnach im Jahr 2022 bei 81,3 Prozent. <https://www.berliner-zeitung.de/news/frankreich-nationalversammlung-weist-einwanderungsgesetz-zurueck-li.2167529> 11.12.2023

Frankreich: Umstrittenes Einwanderungsgesetz vorerst zurückgewiesen
Die Regierung wollte ein neues Gesetz mit verschärften Abschieberegeln durchbringen und hatte dabei auf die Rechten gehofft. Präsident Macron muss jedoch eine Niederlage einstecken.
Schwere Niederlage für die [französische](#) Regierung: Die Nationalversammlung in Paris hat den Entwurf für ein umstrittenes Einwanderungsgesetz vorerst zurückgewiesen. Ein entsprechender Antrag der Grünen wurde am Montag mit knapper Mehrheit und mit Unterstützung der Linken, der Rechten und der Rechtspopulisten angenommen. Innenminister Gérald Darmanin bot laut Elysée-Palast daraufhin seinen Rücktritt an, den Präsident [Emmanuel Macron](#) jedoch ablehnte.

Im Sender TF1 räumte Darmanin eine Schlappe ein: „Es ist natürlich eine Niederlage, weil ich den Polizisten, Gendarmen, Präfekten und Richtern Mittel zur Bekämpfung der irregulären Einwanderung zur Verfügung stellen will“, sagte er. Der Gesetzestext werde seinen institutionellen Weg fortsetzen, betonte Darmanin. Dafür nannte er drei Optionen: einen Stopp

des Gesetzentwurfs, eine neue Lesung im Senat oder die Überweisung an einen Ausschuss beider Parlamentskammern.

Innenminister hatte auf die Rechten gesetzt

Die Linken und die rechtspopulistische Partei Rassemblement National (RN) begrüßten die Zurückweisung des Gesetzentwurfs. RN-Politikerin Marine Le Pen zeigte sich „entzückt“ über das Ergebnis. Abgeordnete aus dem linken Spektrum forderten Darmanin zum Rücktritt auf.

<https://apollo-news.net/politiker-besuche-polizei-kontakte-die-ausgekluegelte-gefaengnis-strategie-der-letzten-generation/> 11.12.2023

Politiker-Besuche, Polizei-Kontakte – die ausgeklügelte Gefängnis-Strategie der Letzten Generation

Zwei Strategiepapiere der Letzten Generation zeigen, wie die Klimakleber ihre Gefängnisaufenthalte gezielt planen und für ihre Agenda nutzen. Die Dokumente liegen Apollo News exklusiv vor.

Immer häufiger werden die unbelehrbaren Klimakleber der Letzten Generation zu Haftstrafen verurteilt oder können ihre Tagessätze nicht bezahlen und müssen deswegen eine Ersatzfreiheitsstrafe antreten. Für die Klimakleber ist dies jedoch kein Problem – im Gegenteil. Zwei Strategiepapiere, die Apollo News exklusiv vorliegen, zeigen: Die Gefängnisaufenthalte sind Teil einer ausgeklügelten Gefängnis-Taktik der Organisation.

Wie sich im Dokument zum Gefängnissupport der Letzten Generation nachlesen lässt, soll sich jeder Häftling bereits vor Haftantritt eine Betreuungsgruppe aufbauen. Diese Betreuungsgruppe besteht aus mindestens den folgenden vier Personen beziehungsweise Personengruppen: der persönlichen Betreuungsperson, dem zuständigen Anwalt, eine Person aus dem Emo-Support (der emotionale Support) sowie weiteren Angehörigen/ Bekannten/Bezugspersonen.

Der Betreuungsperson kommt dabei eine ganz besondere Rolle zu. Sie wird vom zukünftigen Häftling selbstständig ausgesucht und koordiniert die Bezugsgruppe. Sie ist der Ansprechpartner für den Häftling während der gesamten Zeit im Gefängnis. Für die Letzte Generation ist

Außenwirkung alles. Aus diesem Grund kümmert sich die ganze Betreuungsgruppe um die Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Briefkampagnen, Infotische, et cetera. Im Kern möchte die Letzte Generation alles tun, um den Zweck der Haft zu konterkarieren und selbst aus dem Gefängnis zu profitieren, wie auch im zweiten Dokument, der Knast-Strategie, deutlich wird.

Politiker und Polizisten sind Teil des Plans

In dieser Knast-Strategie wird zunächst festgestellt, dass man nicht „freiwillig“ ins Gefängnis gehe, sondern eingesperrt werde für den „Widerstand gegen eine tödliche und ungerechte Politik.“ Außerdem wird den zukünftigen Häftlingen eingebläut, dass sie das Potenzial haben, den von der Letzten Generation herbeigesehnten sozialen Kipppunkt anzustoßen, ihre Opferbereitschaft also von wichtiger Bedeutung für die Bewegung sei.

Interessant ist auch, dass die Letzte Generation in ihrer Knast-Strategie zugibt, dass es schwierig werden könnte, die Geldstrafen aller Klimakleber zu bezahlen. Um diesem Dilemma zu entgehen, wird erwogen, manche Klimakleber ihre Geldstrafe in Form einer Ersatzfreiheitsstrafe solidarisch absitzen zu lassen. So könne das vorhandene Geld gezielt dafür genutzt werden, einzelne Mitglieder strategisch sinnvoll freizukaufen.

Außerdem deutet die Letzte Generation an, dass sie das Ziel habe, Parlamentarier als Besucher der Klimakleber ins Gefängnis zu bringen. In der Knast-Strategie wird extra erwähnt, dass der Besuch von Parlamentariern immer möglich ist und nicht auf die Besuche angerechnet wird. Ein wichtiges Ziel der Letzten Generation in den letzten Monaten war auch der Aufbau von Kontakten zur Polizei. Polizisten wurden gezielt von der Letzten Generation zu Vorträgen eingeladen. Im Gefängnis selbst sollen die Klimakleber ebenfalls in diese Richtung aktiv werden und den Kontakt, den sie automatisch mit den Justizvollzugsbeamten haben, nutzen, um die Säule der Justiz zu kippen.

Eine Sache hingegen wird von den Strategen nicht in Betracht gezogen: Immer mehr Deutsche sind vermutlich inzwischen froh darüber, wenn

Klimakleber im Gefängnis landen und währenddessen weder eine Straße blockieren noch ein Brandenburger Tor beschmieren können.

https://www.focus.de/immobilien/mieten/weiss-nicht-wovor-immobilienbesitzer-angst-haben-zu-wenig-wohnraum-bayerische-gemeinde-erwaegt-zwangsvermietungen_id_259480409.html

12.12.2023

„Weiß nicht, wovor Immobilienbesitzer Angst haben“

Zu wenig Wohnraum: Bayerische Gemeinde erwägt Zwangsvermietungen

Im bayerischen Bad Endorf fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Der Gemeinderat diskutiert aktuell über eine mögliche Zwangsvermietung und höhere Steuern für Zweitwohnungen.

Der bayerische Markt Bad Endorf leidet unter einem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Davon sind sowohl Einheimische als auch Flüchtlinge betroffen. Gleichzeitig gibt es in Bad Endorf Wohnungen, die ungenutzt bleiben, weil die Eigentümer sie lieber leer stehen lassen als zu vermieten, wie das „[Oberbayerische Volksblatt](#)“ berichtet.

In einer Sitzung des Marktgemeinderates wurden daher verschiedene Lösungsansätze diskutiert. Unter anderem wurden die Möglichkeit einer Zwangsvermietung und die Erhöhung der Zweitwohnungssteuer diskutiert. Asylreferent Alois Kurfer äußerte sein Unverständnis gegenüber den Immobilienbesitzern. „Ich weiß nicht, wovor diese Hausbesitzer Angst haben“, zitiert das „OVB“ den Referenten.

Ohne Wohnung ist eine vernünftige Integration nicht möglich“

Es hätte nur Vorteile, eine Wohnung zu vermieten, so Kurfer. Es käme Geld rein, die Immobilie sei beheizt und damit nicht anfällig für Schimmel oder Verfall. Und der Bedarf sei enorm - bei Einheimischen wie bei Asylbewerbern. „Ohne Wohnraum ist eine vernünftige Integration nicht denkbar“, so Kurfer.

Diese Maßnahmen könnten dazu beitragen, den Leerstand in Bad Endorf zu reduzieren und die Wohnungsnot für Flüchtlinge und Einheimische zu lindern.

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/hannover-socialcard-gefluechtete-100.html> 8.12.2023

Hannover führt "SocialCard" für Geflüchtete ein

In Hannover können asylsuchende Menschen künftig mit einer Art Bankkarte zahlen. Das Ziel: weniger Bürokratie für die Behörden und mehr Teilhabe für die Geflüchteten.

Am Vormittag hat Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) die neue Bezahlösung für Asylbewerber ohne Bankkonto vorgestellt. Damit ist Hannover die erste Kommune, die eine solche Bezahlkarte einführt, nachdem die Ministerpräsidenten und -präsidentinnen auf ihrer Konferenz im November einen entsprechenden Beschluss fassten. Neben Flüchtlingen sollen in Hannover künftig auch Menschen, die Sozialhilfe beziehen und kein eigenes Konto haben, die Karte nutzen können. Die Stadt geht davon aus, dass zunächst etwa 200 Menschen anspruchsberechtigt sind.

Hohe Belastung durch Ankunft ukrainischer Kriegsflüchtlinge

Bei der Vorstellung sagte Onay, dass Geflüchteten nun ein diskriminierungsfreier Zugang zur bargeldlosen Zahlung ermöglicht werde, denn: Die Karte unterscheidet sich nicht von anderen, üblichen Bankkarten. Für die Neuerung sprechen aber auch verwaltungspraktische Gründe: Die Zahl der monatlich ausgestellten Verpflichtungsscheine war im Sommer 2022 durch die große Anzahl der Geflüchteten aus der Ukraine auf mehr als 1.100 gestiegen, heißt es vonseiten der Stadt.

Bezahlkarte soll Personal entlasten

Bei diesen Scheinen handelt es sich um Formulare, mit denen die Stadt den Empfängern einen Betrag für die Auszahlung durch die Sparkasse zusichert. Die Ausgabe und Einlösung sei mit langen Schlangen vor dem Sozialamt und der Sparkassenfiliale verbunden gewesen. Das gehöre nun der Vergangenheit an, ist man sich bei der Stadt sicher - ebenso die Bindung von Personalkapazitäten bei der Ausgabe der Verpflichtungsscheine, sprich: Die Mitarbeitenden sollen sich anderen Aufgaben widmen können.

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2023/ueberlastete-kommunen-spd-vorstand-will-mehr-migration/> 8.12.2023

Überlastete Kommunen? SPD-Vorstand will mehr Migration

Die Überlastung der Kommunen dürfe die Migration nicht in Frage stellen, heißt es im Leitantrag der SPD-Spitze für den Parteitag. Außerdem bekennt sie sich zur „Seenotrettung“ und will den Familiennachzug ausdehnen.

BERLIN. Im Leitantrag für den heute beginnenden Bundesparteitag fordert der SPD-Vorstand mehr Migration. Das Papier trägt den Titel „Deutschland ist ein Einwanderungsland – wir gestalten Einwanderung“. Die Vorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil wollen deutliche Erleichterungen für Zuwanderer.

Wie der [Tagesspiegel](#) berichtet, dem der Antrag vorliegt, fordert die Parteispitze darin, den Familiennachzug für Asylbewerber auszudehnen. Dies sei „eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration in unsere Gesellschaft“, heißt es in dem Antrag. Derzeit gilt eine Begrenzung der Personenzahl beim [Familiennachzug](#).

SPD will „Aufnahmegesellschaft ohne Rassismen“

Der Parteivorstand formuliert, die Vielfalt sei die Stärke Deutschlands, deshalb müsse allen Menschen die umfassende Teilhabe in der Gesellschaft ermöglicht werden. Dies erfordere eine „Aufnahmegesellschaft ohne Ressentiments und Rassismen und gleiche Chancen für alle Menschen“.

Die SPD-Führung räumt zwar ein, daß Kommunen „an einigen Stellen“ an Belastungsgrenzen gerieten. Dies dürfe die humanitäre Verantwortung aber nicht grundsätzlich in Frage stellen. Stattdessen müsse man Migration stärker steuern und ordnen.

Deutlich befürworten die Sozialdemokraten auch den Transfer von Migranten durch NGOs übers Mittelmeer: „Zivile Seenotrettung darf demnach auch nicht kriminalisiert werden und wird weiter von uns unterstützt.“ (fh)